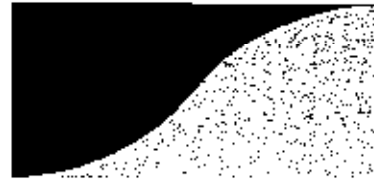


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 38 85 846 pbbn d



Inhalt

Herbert Wehner MdB, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, nennt die Schwerpunkte sozialdemokratischer Politik im neuen Jahr.

Seite 1/2

Klaus Daubertshäuser MdB, Obmann der Arbeitsgruppe Verkehr der SPD-Bundestagsfraktion, spricht sich für verstärkte Investitionen bei der Bahn aus.

Seite 3/4

Christine Schmarsow, stellv. Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF), erläutert, warum ihre Organisation gegen eine Frauen- und gegen eine Arbeiterquote bei der Aufstellung von Kandidaten für politische Mandate ist.

Seite 5-7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godeberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 246

26. Dezember 1981

Es reicht nicht aus, Angst zu haben

Friedliches Miteinander im Innern und nach außen

Von Herbert Wehner MdB
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Nur selten hat sich in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland die Friedenssehnsucht ungezählter Mitbürger so deutlich artikuliert wie in dieser Zeit. Die Menschen, die für den Frieden und gegen ein Mehr an Rüstung protestieren und demonstrieren, sind dafür der sichtbare Beweis. Entwicklungen in vielen Teilen der Welt bestätigen leider immer wieder, daß die Angst um den Frieden, die Furcht vor militärischen Auseinandersetzungen nicht unbegründet, vielmehr verständlich ist.

Für die verantwortlich handelnden Politiker reicht es nicht aus, Angst um den Frieden zu haben oder für ihn zu demonstrieren. Sie sind gerade in kritischen Zeiten gefordert, das ihnen Mögliche zur Entspannung beizutragen, den Willen zum Ausgleich und zur Zusammenarbeit zwischen den Völkern nicht nur zu bekunden, sondern aktiv zu erhalten.

Bundeskanzler Helmut Schmidt hat in dem zurückliegenden Jahr mit Energie, aber auch mit Augenmaß - wie es dem Regierungschef einer mittleren Macht wohl ansteht - seinen Beitrag dazu geleistet, daß die lange Phase der Sprachlosigkeit zwischen den Weltmächten USA und UdSSR beendet wurde und daß über Rüstungskontrolle und Abrüstung wieder verhandelt wird. Helmut Schmidt war es auch, der mit seinem Besuch in der DDR die gewiß nicht leichten Gespräche zwischen den Deutschen wieder in Gang brachte. Wer zum Wohle der Menschen in beiden deutschen Staaten wirken will, muß diesen Dialog führen, muß vor Ort Vertrauensarbeit leisten und gegenseitig Verständnis wecken, um letztlich Ergebnisse in der Sache zu erzielen. An der Schwelle eines neuen Jahres geben uns die Fortschritte, die in den letzten Monaten in der Entspannungspolitik erreicht wurden, die Hoffnung, daß



wir auch 1982 den Frieden in Europa erhalten können und daß der Ausgleich zwischen West und Ost - bei dem vorhandenen guten Willen auf beiden Seiten - weitergeht. Um dieses Ziel zu erreichen, lohnt es sich, seine Kraft einzusetzen.

Auf der Basis des friedlichen Miteinander mit den übrigen Staaten der Welt werden wir auch im Innern unsere Chance haben und zu nutzen wissen, an unserem Gemeinwesen Bundesrepublik Deutschland weiterzubauen. Ein solides Fundament ist vorhanden: Der vom Haushaltsausschuß bereits abgeschlossene Bundeshaushalt 1982 und die diesen Etat begleitenden Gesetze, die nach langem und hartem Ringen alle parlamentarischen Hürden genommen haben. Heute ist die Feststellung erlaubt: Die Koalition aus SPD und FDP hat die Konsolidierung der staatlichen Finanzen, die aus Notwendigkeiten resultiert, die weder die Bundesregierung noch die Koalitionsfraktionen zu verantworten haben, durchgeführt, ohne daß das Netz unserer sozialen Sicherung zerschnitten wurde.

Wir hätten uns zwar mehr sozialdemokratisches Gedankengut und mehr sozialdemokratische Einflüsse in diesem Sparprogramm gewünscht, aber die Mehrheits- und damit Machtverhältnisse in den mitbestimmenden Verfassungsorganen sind nicht so, daß Sozialdemokraten allein bestimmen könnten. Wichtig aber ist, daß jene C-Politiker, die auszogen, die "Trendwende" oder gar einen "neuen Anfang" herbeizuführen, gescheitert sind, daß der Versuch, das Rad der sozialen Entwicklung in diesem Lande um Jahre zurückzudrehen, abgewehrt wurde.

Wichtigste gesellschaftspolitische Aufgabe im kommenden Jahr wird sein, zur Überwindung der Arbeitslosigkeit unseren Beitrag zu leisten; denn eine anhaltende hohe und wachsende Arbeitslosigkeit würde den sozialen Frieden in unserem Land gefährden. Wir Sozialdemokraten können und werden uns eine gegenüber der Arbeitslosigkeit gleichgültige Politik, wie sie in einigen anderen Staaten verfolgt wird, nicht zu eigen machen.

Für Sozialdemokraten bedeuten steigende Arbeitslosen-Zahlen nicht einfach statistische Erhebungen, sondern menschliche Schicksale, die uns zum Handeln herausfordern. Dieser Herausforderung werden wir uns stellen, sobald mit dem Jahreswirtschaftsbericht die ökonomischen Grundlagen vorliegen.

Unser besonderes Augenmerk werden wir dann auch auf die arbeitslosen Jugendlichen zu richten haben. Denn an der Bewältigung dieser Frage wird sich zeigen, wie ernst es CDU und CSU meinen, die auf Parteitag vollmundig vom "Dialog mit der Jugend" reden, in der Praxis aber beispielsweise das Ausbildungsförderungsgesetz, mit dem Jugendlichen die Chancen für eine bessere berufliche Zukunft gegeben wurden, zu Fall brachten. Sozialdemokraten und Freie Demokraten haben in diesen Tagen mit dem neuen Berufsbildungsförderungsgesetz einen Wiederanfang im Interesse der jungen Menschen gemacht. Wir werden diese Politik auch im kommenden Jahr fortsetzen und zum Beispiel auch die Neuordnung des Rechts der Kriegsdienstverweigerung zu regeln versuchen. Denn, wenn die Jugend die Zukunft unseres Landes ist, müssen wir Älteren dafür Sorge tragen, daß sie ihre Zukunft auch gestalten kann. (-/28.12.1981/bgy/hgs)

+ + +



DB-Investitionen schaffen Arbeitsplätze

Bei den Mitteln der Bundesbahn zu sparen, wäre falsch

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Verkehr in der SPD-Bundestagsfraktion

Die ungesunde finanzielle Entwicklung der Deutschen Bundesbahn zu beklagen und im nächsten Atemzug ihr die notwendigen Investitionsmittel vorzuenthalten, dies paßt nicht zusammen. Die Investitionen sind für die Deutsche Bundesbahn das A und O auf dem Wege zu einer besseren wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Kürzung der Investitionsmittel ist nicht nur betriebswirtschaftlich für das Unternehmen Deutsche Bundesbahn verhängnisvoll, sondern widerspricht auch den von der Bundesregierung verkündeten wirtschafts- und finanzpolitischen Zielsetzungen.

Die jetzige konjunkturelle Lage in einer sehr stark zurückgeworfenen Bauwirtschaft kann nicht der geeignete Zeitpunkt für Investitionsreduzierungen sein. Es ist deshalb zu begrüßen, daß die Deutsche Bundesbahn für 1980 vorgesehene und gegenüber dem Vorjahr um zehn Prozent gekürzte Investitionen in voller Höhe realisieren wird. Aber man muß auch wissen, daß die Nicht-Freigabe von Investitionszuschüssen zur Folge hat, daß die fehlenden Bundesmittel durch Fremdverbindlichkeiten ersetzt werden müssen. Dies bedeutet einen Anstieg der Fremdverschuldung mit den entsprechenden negativen Auswirkungen auf die Erfolgsrechnungen künftiger Jahre.

1980 belief sich das Investitionsvolumen der Deutschen Bundesbahn auf rund 4,2 Milliarden DM, wovon etwa 70 Prozent auf Infrastrukturinvestitionen entfielen. Der Bund finanzierte die Deutsche Bundesbahn-Investitionen zu rund 70 Prozent. Für 1981 waren ursprünglich Investitionen von cirka 4,7 Milliarden eingeplant, die jedoch aufgrund der allgemeinen wirtschaftlichen Situation und der angespannten Finanzlage des Bundes auf rund 3,6 Milliarden DM gekürzt werden mußten.

Das Investitionsvolumen der Deutschen Bundesbahn bewegte sich in den letzten Jahren in einer Größenordnung von 20 Prozent der Einnahmen. Diese strukturbedingt hohen investiven Aufwendungen waren erforderlich, da jahrzehntelang durch ein zu geringes Investitionsvolumen nur die notwendigsten Ersatzinvestitionen vorgenommen werden konnten und somit ein echter Nachholbedarf bestand.



Von den Investitionseinschränkungen 1981 wurden praktisch alle Bereiche betroffen. So unter anderem der Oberbau, Brückenerneuerungen, Signalbau, Beseitigung von Bahnübergängen, kundenfreundliche Gestaltung von Bahnhöfen, Fahrzeugbeschaffung und so weiter.

Daß diese Investitionseinschränkungen negative Beschäftigungswirkungen zeitigten, braucht nicht betont zu werden. Die neuerliche Diskussion um die Investitionszuschüsse für die Deutsche Bundesbahn zwingt jedoch, gerade auch die Beschäftigungswirkungen in das Bewußtsein zurückzurufen. Bei den Investitionsmaßnahmen im Neu- und Ausbaustreckenbereich der Deutschen Bundesbahn gibt ein Auftragsvolumen von einer Million DM circa neun Beschäftigten unmittelbar Arbeit für ein Jahr. Hinzu kommt noch einmal die gleiche Zahl von Arbeitsplätzen in den Zuliefer- und Versorgungsbereichen. Bei diesen Arbeiten ist von besonderer Bedeutung, daß die kurz- und mittelfristig anstehenden Arbeiten nicht eisenbahnspezifisch sind; es handelt sich vielmehr zum größten Teil um Erd-, Tunnel- oder Brückenbauarbeiten, die denen des Straßenbaus vergleichbar sind.

Ein Großteil des Auftragsvolumens fließt Unternehmungen zu, die ihren Hauptsitz oder eine Niederlassung im Einzugsbereich von Neubaustrecken haben. Von daher kann vorhergesagt werden, daß in den strukturschwachen Gebieten, durch die besonders die Neubaustrecke Hannover-Würzburg in weiten Teilen verläuft, diese Baumaßnahmen zu positiven wirtschaftlichen Impulsen führen werden. Bei einem Bauvolumen von circa 400 Millionen DM allein für die Neubaustrecken werden im Jahre 1982 7.200 Arbeitsplätze gesichert.

Eine Verstärkung der Investitionsmittel zugunsten der Schiene hilft daher nicht nur bei der Gesundung des Unternehmens Deutsche Bundesbahn, sondern schafft und sichert auch Arbeitsplätze bei Unternehmungen, die zur Zeit unter besonderen strukturellen Verwerfungen leiden.

(-/28.12.1981/ks/ca)

+ + +



Gegen eine Arbeiterquote

Ein Kurieren an Symptomen hebt die Ursachen der Unterrepräsentation nicht auf

Von Christine Schmarow

Bezirksvorsitzende der ASF-Mittelrhein

Stellvertretende Bundesvorsitzende der Arbeits-
gemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Die AFA hat auf Bundesebene einen Vorschlag entwickelt, durch den der Anteil der Arbeiter bei den Delegiertenmandaten zu Unterbezirksparteitagen erhöht werden soll. Peter Glotz hat diesen Vorschlag auf der Organisationspolitischen Konferenz der SPD am 3. Oktober 1981 aufgegriffen und zur Diskussion gestellt. Es ist beabsichtigt, einen Antrag, der auf eine Änderung des Organisationsstatus der SPD zielt, auf den Bundesparteitag 1982 zu bringen.

Ausgangslage (nach dem AFA-Papier)

Der Mitgliederanteil von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in der SPD liegt bei rund 35 Prozent bei den Funktionären, auf Ortsvereinsebene aber bei rund 50 Prozent und bei den Funktionären auf Unterbezirksebene bei rund 75 Prozent.

Demgegenüber liegt der Mitgliederanteil der Facharbeiter bei rund 29 Prozent, ihr Anteil unter den Ortsvereins-Funktionären liegt bei rund 27 Prozent, unter den Unterbezirksfunktionären aber nur noch bei 7,5 Prozent.

Diese Zahlen zeigen klar, daß Facharbeiter oberhalb der Ortsvereinsebene stark unterrepräsentiert sind, was in der Tat für eine Partei wie die SPD Anlaß zum Nachdenken sein sollte.

Als Hauptgründe für diese Unterrepräsentation werden genannt:

- Überlastung der "aktiven betriebstätigen Arbeitnehmer" (Betriebsgruppe, Betriebsrat, Gewerkschaft).
- Mangelnde zeitliche Möglichkeiten, vor allem für Schichtarbeiter, sich am Ortsvereinsleben zu beteiligen.
- Die Themen in den Ortsvereinen sprechen die Arbeitnehmer nicht an (zuviel Kommunalpolitik, zu wenig arbeits- und sozialpolitische Themen).

Ziel

Organisationspolitische Gleichstellung der Betriebsgruppen mit den Ortsvereinen. Da dies jedoch mit dem Parteiengesetz in seiner heutigen Gestalt nicht vereinbar ist, soll durch eine Änderung des SPD-Organisationsstatus erreicht werden, daß der Anteil der Arbeitnehmer wenigstens bei den Delegierten zu Unterbezirksparteitagen steigt.

Weg

In den Unterbezirkssatzungen soll geregelt werden, daß die Hälfte der nach dem Parteiengesetz möglichen "geborenen" Unterbezirks-Delegierten durch die Betriebsgruppen gewählt werden. Zulässig ist ein Anteil von bis zu einem Fünftel der Gesamtheit als "geborene" Delegierte.

Beispiel: Ein Unterbezirksparteitag hat 100 Delegierte, 20 davon können ohne entsprechende Wahl in Ortsvereinen Delegierte sein; zehn Delegiertenplätze sollen also für Delegierte aus Betriebsgruppen reserviert werden.

Gewählt/nominiert werden sollen diese Delegierte auf einer gemeinsamen Versammlung der Mitglieder aller in einem Unterbezirk vorhandenen Betriebsgruppen. Aktives und passives Wahlrecht sollen dabei die Betriebsgruppenmitglieder haben, die im Unterbezirk nicht nur arbeiten, sondern auch wohnen. Diejenigen, die in anderen Unterbezirken wohnen, sollen nur das aktive Wahlrecht haben, sollen aber - auf Wunsch - von der Ausnahmere-



gelung Gebrauch machen können, in dem Ortsverein, in dem sie arbeiten, die Mitgliedschaft zu beantragen.

Den im Unterbezirk wohnhaften Betriebsgruppenmitgliedern bleibt es unbenommen, sich wie bisher auch in ihrem Ortsverein um ein Unterbezirks-Delegiertenmandat zu bemühen.

Kritische Einwände zu diesem Vorschlag

1. Gegen die Unterrepräsentation der Arbeiterinnen und Arbeiter muß etwas getan werden. Aber ob so ein kompliziertes und aufwendiges Nominierungsverfahren der richtige Weg ist, scheint mehr als fraglich. Richtiger wäre es wohl, bei den Ursachen, nämlich den Arbeitsweisen, Versammlungsstrukturen und Gesellungsformen der Ortsvereine, kritisch anzusetzen.
2. Die Abgrenzung der Gruppe, um die es gehen soll, ist nicht klar: Arbeitnehmer, Arbeiter, aktive betriebstätige Arbeitnehmer...?
3. In keinem Zusammenhang ist von den besonderen Schwierigkeiten und den innerhalb der Gruppe noch viel höheren Barrieren für Frauen die Rede.
4. Bei weitem nicht alle in der SPD organisierten Arbeitnehmer sind auch Mitglied in einer Betriebsgruppe. Was ist mit den Genossinnen und Genossen in kleineren und mittleren Betrieben ohne Betriebsgruppe?
5. In Betriebsgruppen organisierte Parteimitglieder hätten zweimal die Möglichkeit (Doppelstimmrecht), auf die Zusammensetzung der Unterbezirksparteitage einzuwirken: in ihrer Betriebsgruppe und in ihrem Ortsverein. Dies kann sich auch auf die weiteren Ebenen politisch auswirken.
6. In manchen Bereichen gibt es viele und größere Betriebsgruppen auch im öffentlichen Dienst. Sollen diese von der neuen Regelung ausgenommen werden? Wenn nein, ändert sich in vielen städtischen Unterbezirken an der Zusammensetzung der Parteitage vermutlich gar nichts, außer daß das Nominierungs-/Wahlverfahren sehr aufwendig wird. Wenn ja, wie ist das zu rechtfertigen?
7. Es besteht die Gefahr, daß faktisch der Anteil der Arbeiter an den Unterbezirks-Delegierten nicht wesentlich erhöht, sondern bei einer Quote von zehn Prozent "festgeschrieben" wird.



8. Wie groß soll eine Versammlung aller Betriebsgruppenmitglieder in einem Unterbezirk eigentlich sein? Wie soll das organisiert werden? Wie soll überhaupt kontrolliert werden, ob die außerhalb des Unterbezirks Wohnenden Stimmrecht haben (Mitgliedsbücher/Beitragsinkasso)? Wie soll in diesem Zusammenhang das Problem der Beteiligung von Schichtarbeitern gelöst werden?
9. Es ist wohl eine Illusion anzunehmen, daß über die Betriebsgruppen nun gerade die Arbeiter "von der Basis" als Delegierte nominiert werden. Begünstigt werden "Mandatsträger": Betriebsratsmitglieder, Vertrauensleute, Gewerkschaftsvorsitzende et cetera... Hätten diese Gruppen nicht auch im Ortsverein eine gute Chance?
10. Durch das vorgeschlagene Verfahren entstünden organisatorische Probleme, die zwar auf dem Papier gelöst werden können, in der Praxis aber wahrscheinlich die hauptamtliche Parteiorganisation überfordern. Nur zwei Beispiele: unterschiedlich notwendige Zusammensetzung von Unterbezirksparteitagen und Wahlkreiskonferenzen zur Nominierung von Kandidaten für öffentliche Mandate; wenn Pendler massenhaft von der Ausnahmemöglichkeit Gebrauch machen und ihre Mitgliedschaft im Ortsverein, in dem sie arbeiten - nicht mehr, in dem sie wohnen - anmelden, führt das zu einem Riesendurcheinander, auch zu einer finanziellen Austrocknung der strukturschwachen Unterbezirke.

Warum beschäftigt sich die AsF mit diesem Vorschlag?

Wir haben uns in Mittelrhein und auf Bundesebene aus guten Gründen gegen eine Frauenquote für politische Mandate ausgesprochen. Wir wollen keine Schonräume, und wir wollen der Partei insgesamt weder das schlechte Gewissen noch das ständige Bemühen ersparen, Frauenkandidaturen zu ermöglichen.

Deshalb sind wir auch gegen eine Arbeiterquote.

Nun kann man sagen, bei der vorgeschlagenen Regelung handele es sich gar nicht um eine Quotierung; das ist formal richtig, in der Wirkung aber falsch. Läßt man sich auf die formale Seite der Argumentation ein, so führt der Vorschlag lediglich zu einem großen organisatorischen Aufwand, ohne daß das angestrebte Ergebnis (Steigerung des Arbeiteranteils), dessen Berechtigung keineswegs bestritten wird, erreicht wird. In der Wirkung wird der Vorschlag nur zu einer Verstärkung des Anteils von "Berufspolitikern" im weitesten Sinne führen. Solche Tendenzen, die besonders Frauen benachteiligen, sind mindestens so bedenklich wie die Überrepräsentation des öffentlichen Dienstes.

Insgesamt kurlert der Vorschlag nur an den Symptomen und läßt die eigentlichen Ursachen der Probleme, die Arbeiter und Frauen in der Partei gleichermaßen haben, unberücksichtigt: Arbeitsweisen und Gesellungsformen der Ortsvereine; bindungsfähige Inhalte der Politik; Solidarität mit der Mehrheit der Parteimitglieder, für die Parteiarbeit in der Freizeit stattfindet.

(-/28.12.1981/vo-he/ca)